

Sieben Thesen zur Bedeutung von IT für eine moderne Verwaltung

1. Öffentlicher Sektor lässt viele IT-Potenziale noch ungenutzt

eGovernment ist hierzulande seit Jahren ein viel diskutiertes Thema, in der Praxis beobachten wir dennoch immer noch eine Vielzahl von Einzellösungen und Medienbrüche anstelle durchgängiger Prozessketten. De-Mail und nPA sind wichtige und erfolgversprechende Infrastrukturprojekte, dennoch muss weiter daran gearbeitet werden, die Nutzung für die Bürger transparenter und bequemer zu machen. Hier bleiben noch viele Potenziale zum Beispiel im Bereich mobiler Endgeräte und Apps ungenutzt. Wir brauchen eine offene und durchgängige Verwaltung, die mithilfe moderner ITK Vernetzung zur Grundlage und zum Ziel ihres Leistungsangebotes macht.

2. Verwaltungen brauchen neue strategische Ansätze zur Cyber-Sicherheit

Unsere Gesellschaft funktioniert zunehmend in vernetzten Systemen und es gibt keinen umfassenden, verlässlichen Schutz dieser Systeme zum Beispiel gegen gezielte Cyber-Angriffe. Es ist eine dauerhafte Aufgabe der Entscheider in Politik und Verwaltung, sowohl die eigenen Systeme zu sichern, als auch die Gesamtsicherheit im digitalen Ökosystem Deutschlands. Jeder technologische Fortschritt eröffnet immer auch neue Angriffsvektoren. Hierfür braucht es integrierte Ansätze, die Verwaltung, Wirtschaft und Wissenschaft im gemeinsamen Diskurs entwickeln müssen. Gesetzliche Meldepflichten für Cyber-Attacken sind hier nicht die richtige Antwort, viel wirkungsvoller sind freiwillige Selbstverpflichtungen der Unternehmen und eine Bewusstseinschärfung durch geeignete Präventionsmaßnahmen. Buchstäblich jeder Online-Nutzer, ob privat, geschäftlich oder in der Verwaltung, trägt heute Verantwortung für Cyber-Sicherheit – nicht nur für den eigenen Rechner, sondern immer auch als Knoten in großen komplexen Netzwerken. Hier gilt es, das individuelle und kollektive Verantwortungsbewusstsein zu stärken ohne Technologie-Ängste zu schüren.

3. Datenschutz heißt Interessenausgleich

Datenschutz und Sicherheit sind die notwendigen Voraussetzungen für die Akzeptanz und Nutzung von IT-Technologien im politischen und gesellschaftlichen Umfeld. Wir müssen lernen wie wir sicherheitsrelevante Informationen über Organisationsgrenzen hinweg zwischen Wirtschaft und Verwaltung effizient kommunizieren. Da sich hier Unternehmensinteressen mit privaten Bürgerinteressen und denen der nationalen Sicherheit überschneiden, müssen wir einen Ausgleich finden zwischen der Souveränität des Einzelnen über seine Daten, der Schutzfunktion des Staates und der Rechts- und Planungssicherheit für Unternehmen.

4. Open Data ist ein wichtiger Innovationstreiber

Open Data – die Offenlegung öffentlicher Daten durch Städte- und Gemeindeverwaltungen ist nicht bloß eine staatspolitische Angelegenheit. Auch ökonomisch betrachtet ergeben sich hier eine Menge Chancen und Andockstellen für smarte neue Geschäftsideen und neue Ökosysteme für Unternehmen. Öffentliche Daten sind ein Schatz – Verwaltungen müssen die Wirtschaft stärker dabei unterstützen, diesen Schatz zu heben um daraus mithilfe moderner IT einen Mehrwert für die Allgemeinheit zu kreieren, in Form von simplen Applikationen bis hin zu spezialisierten Informationsdienstleistungen. Von besonderer Bedeutung ist ein Umdenken weg vom „Amtsgeheimnis als Default“ zur „Offenheit als Default“ in der Verwaltung. Gerade mit der Nutzung von flexiblen, skalierbaren Cloud Technologien können dabei große Investitionsaufwände vermieden und die Umsetzung deutlich beschleunigt werden.

5. Effiziente Verwaltung ist ein Wirtschaftsfaktor

Moderne IT in Form von eGovernment ist der Schlüssel für mehr Effizienz in der Verwaltung und hilft Bürgern, Unternehmen sowie öffentlichen Kassen, Zeit und Geld zu sparen. Ein Blick ins Nachbarland Österreich, das seit Jahren in Europa eine Vorreiterrolle im eGovernment einnimmt, zeigt, wie groß diese Einsparpotenziale tatsächlich sind. Unternehmen können hier ihre Verwaltungsausgaben um kurzfristig 100 Millionen und langfristig sogar 300 Millionen Euro verringern. Umgerechnet auf Deutschland steigert sich das Einsparpotenzial um das Fünffache.

6. Vernetzte Verwaltung ist ein Standortfaktor

Der öffentliche Sektor muss sich von seinem Silodenken – auch durch eine überregionale Zusammenarbeit und einem gegenseitigen Lernprozess – befreien. Insellösungen in der Verwaltung sind nicht nur ineffizient, sondern erschweren Unternehmen das Wachstum. Eine fach- und länderübergreifende Vernetzung im öffentlichen Sektor bedeutet mehr Effizienz und Kostensenkung in der Verwaltung und damit ja nicht zuletzt auch eine höhere Standortqualität und die Möglichkeit neuer Geschäftsmodelle für Unternehmen. Die Politik ist hier gefordert, die Rahmenbedingungen für durchgängigere Prozesse und nutzerfreundliche Effizienz im Datenmanagement der Verwaltung zu modernisieren.

7. Der moderne Verwaltungsarbeitsplatz ist mobil

Verwaltungen und Behörden kleben immer noch zu stark an veralteten Arbeitsformen. So unterstützen zum Beispiel nur 12 Prozent der Institutionen im

Öffentlichen Sektor den IT-Trend „Bring Your Own“.¹ Die in der Verwaltung immer noch stattfindende Differenzierung zwischen „Büroarbeitsplätzen“ und speziellen „Telearbeitsplätzen“ ist überholt. Die freie Wirtschaft hat längst erkannt: Cloud Computing und mobile Endgeräte schaffen eine optimale Verbindung von Menschen, Prozessen und Inhalten und erlauben flexibles und zugleich effizientes Arbeiten jederzeit und von jedem Ort aus. So können Verwaltungsvorgänge in einem Bruchteil der Zeit erledigt werden und Mitarbeiter erhalten mehr Freiräume, gerade auch in der Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die verstaubte Amtsstube hat ausgedient.

☒ Demokratie & IT

Digitale Technologien wie Cloud-Computing tragen dazu bei, Wirtschaft, Politik und Gesellschaft zu demokratisieren: IT-Lösungen machen Verwaltungsprozesse transparenter, erleichtern die Mitsprache bei politischen Verfahren und Entscheidungen. Sie bieten vielen Bevölkerungsgruppen neue Möglichkeiten, am wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Leben teilzunehmen und erleichtern Unternehmen den Zugang zu Märkten und Technologien. Diese Entwicklung stellt neue Anforderungen an Datenschutz und Sicherheit. Unter dem Stichwort „Demokratie und IT“ will Microsoft deshalb im Wahljahr 2013 die Diskussion über Chancen und Risiken digitaler Technologien für Politik, Wirtschaft und Verwaltung vertiefen. Hierauf zahlen verschiedene Initiativen von Microsoft ein: [Chancenrepublik Deutschland](#), [Public Sector](#) sowie [Corporate Technical Responsibility](#).

Microsoft Deutschland GmbH

Die Microsoft Deutschland GmbH ist die 1983 gegründete Tochtergesellschaft der Microsoft Corporation/Redmond, U.S.A., des weltweit führenden Herstellers von Standardsoftware, Services und Lösungen mit 73,72 Mrd. US-Dollar Umsatz (Geschäftsjahr 2012; 30. Juni 2012). Der operative Gewinn im Fiskaljahr 2012 betrug 21,76 Mrd. US-Dollar. Neben der Firmenzentrale in Unterschleißheim bei München ist die Microsoft Deutschland GmbH bundesweit mit sechs Regionalbüros vertreten und beschäftigt rund 2.700 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Im Verbund mit rund 38.000 Partnerunternehmen betreut sie Firmen aller Branchen und Größen. Das Advanced Technology Labs Europe (ATLE) in Aachen hat Forschungsschwerpunkte in IT-Sicherheit, Datenschutz, Mobilität, mobile Anwendungen und Web-Service.

Ansprechpartner Microsoft

Astrid Aupperle
Communications Manager Public Sector

Microsoft Presseservice

E-Mail: prserv@microsoft.com
<http://www.microsoft.de/presse>
<http://twitter.com/microsoftpresse>

¹ Techconsult/ Microsoft (2012): Consumerization Study CIO Challenges 2012.

Ansprechpartner PR-Agentur FAKTOR 3 AG

Sidonie Günther

Kattunbleiche 35

D-22041 Hamburg

Tel.: 0 40 - 67 94 46-72

Fax: 0 40 - 67 94 46-11

s.guenther@faktor3.de